

Interview:

Zur aktuellen Situation nach dem Tod von Premadasa, den Aussichten auf eine Friedenslösung und der Lage in den südlichen Landesteilen äußert sich der tamilische Parlamentsabgeordnete der 'Tamil United Liberation Front' (TULF), Joseph Pararajasingham.

Sehen Sie irgendeine Veränderung in Bezug auf die sogenannte Tamilenfrage nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten?

Ich sehe überhaupt keine Veränderungen. Ich bezweifle auch, ob die Regierung wirklich an einer politischen Lösung interessiert ist und daran arbeitet. Kürzlich gab es Vorschläge in Bezug auf eine Friedenslösung durch die Vermittlung einer in Kanada beheimateten Organisation, der vier Nobelpreisgewinner angehören. Die Regierung hat dieses Angebot nicht nur abgelehnt; Präsident Wijetunga hat in diesem Zusammenhang sogar gesagt, in Sri Lanka gebe es keinen Volksgruppenkonflikt, man habe Probleme mit Terroristen. Was kann man von einem Führer erwarten, der eine solche Aussage macht. Nach dem Tod von Premadasa gibt es ein politisches Vakuum im Land. Es gibt auch niemanden in der regierenden 'Vereinigten Nationalpartei' (UNP), den man als einen nationalen Führer bezeichnen könnte. Die neue Regierung sehe ich als Übergangsregierung an, sie wird bis zu den nächsten Wahlen bestehen bleiben und kein Interesse haben, sich einer so wichtigen wie hochsensiblen Frage wie der der nationalen Wiederversöhnung zu widmen. Ich bin also überhaupt nicht optimistisch im Hinblick auf eine Lösung des innenpolitischen Konflikts.

Wie ist es denn mit dem sogenannten Parliamentary Select Committee bestellt?

Zwischenzeitlich sind alle tamilischen Parteien wieder aus diesem parlamentarischen Ausschuss ausgestiegen (TULF, EPRLF, TELO, PLOTE, EPDP, EROS; die LTTE hat an den Diskussionen nicht teilgenommen, d. Verf.). Es hat ja in den vergangenen Jahren mehrfach solche und ähnliche von der Regierung eingesetzte Ausschüsse und Komitees gegeben wie zum Beispiel die All Party Conference. Alles drehte sich dabei immer wieder um die von Tamilen geforderte permanente Zusammenlegung der Nord- und Ostprovinzen zu einer Provinz. Aufgrund des indo-srilankischen Vertrages vom Juli 1987 wurden die beiden Provinzen ja dann auch zu einer Einheit zusammengelegt. Allerdings sollte erst endgültig durch ein Referendum über die Zukunft der Provinz entschieden werden. Das Referendum fand bisher nicht statt, die Regierung hat es immer wieder verschoben. Auch das Select Committee hat primär über die zukünftige Regelung in Bezug auf diese beiden Provinzen debattiert und erörtert, wie eine permanente Zusammenlegung durchzuführen sei, wie man aus dieser gemeinsamen Provinz, die ja überwiegend von Tamilen bewohnt wird, die von Sinhalesen und Moslems bewohnten Teile 'heraustrennen' und dafür eine separate Lösung finden kann. Und dann kommt plötzlich ein Regierungsmitglied und sagt, man habe sich gegen eine permanente Zusammenlegung von Nord- und Ostprovinz entschieden. Das war dann der Grund für die tamilischen Parteien, das Parliamentary Select Committee zu verlassen. Die Forderung der moderaten tamilischen Parteien bleibt die politische Einheit des Nordens und Ostens. Wenn dies von der Regierung (und anderen sinhalesischen Parteien) nicht akzeptiert wird, werden wir zu keiner Lösung kommen, weil alles andere nicht von der tamilischen Bevölkerung akzeptiert wird.

Wie stellt sich die Situation im Osten dar? Die Regierung behauptet immer wieder, die Lage sei weitestgehend normal.

Die Städte und die Küstenstraße sowie die Gebiete, die in der Nähe der Küstenstraße liegen, sind unter Kontrolle der Regierungstruppen. In den kleinen Ortschaften und in den Städten ist die Militärpräsenz sehr hoch. Obwohl die Regierung behauptet, man habe

den Osten unter Kontrolle, behaupte ich, daß die Streitkräfte allenfalls 20 bis 25 Prozent der Fläche des Ostens kontrolliert. Die LTTE kann jederzeit zuschlagen, wie man sieht. Die Streitkräfte geraten immer wieder in Hinterhalte etc.

Die Regierung hat im August zwei Flüchtlingslager für Tamilen in Colombo geschlossen, in denen seit Mitte 1990 vorwiegend Menschen aus dem Osten lebten. Kann man diese Menschen in so einer Situation denn überhaupt in den Osten zurückschicken?

Die zurückgekehrten Flüchtlinge sind erst einmal in einem Flüchtlingslager in der Stadt Batticaloa aufgenommen worden. Diejenigen, die in ihre Dörfer zurückkehren wollten, haben dies getan. Es handelte sich dabei vor allem um Tamilen aus Valaichchenai, ein Gebiet, das von den Regierungstruppen gehalten wird (ein solches Gebiet wird als 'cleared area' bezeichnet, d. Verf.). Meine persönliche Meinung ist die: Man darf nicht zulassen, daß Tamilen immer Flüchtlinge bleiben. Wenn die Leute freiwillig zurückkehren wollen, muß man ihnen dies ermöglichen. Aber bitte kein Zwang. Die Regierung sagt nun, sie halte Gelder bereit für solche Rückkehrer, damit diese sich wieder ein Dach über dem Kopf bauen können.

Sind denn diese Menschen gezwungen worden, zurückzukehren?

Gewissermaßen ja. Vor allem deshalb, weil die Vivekananda-Society ihr Gebäude zurückhaben wollte (ein Teil der Flüchtlinge lebte in diesem Gebäude in Colombo, das einer religiösen Gemeinschaft gehört, W.K.). Das gleiche gilt auch für diejenigen, die aus dem Hindutempel in Bambalapitiya (Ortsteil von Colombo, W.K.) in den Osten umgesiedelt wurden. Diejenigen, die jetzt in ihre alten Dörfer zurückgekehrt sind, erhalten von der Regierung Nahrungsmittel für drei bis sechs Monate (dry-rations) sowie eine Wiedereingliederungsbeihilfe in Höhe von 2.000 Rupien (resettlement allowance). Dann gibt es noch die Möglichkeit, weitere 4.000 Rupien (enterprise allowance) zu erhalten, damit sich die Leute, die ihre Einkommensquelle verloren haben, wieder eine wirtschaftliche Existenz aufbauen können. Weitere 15.000 Rupien können für den Bau eines Hauses beantragt werden (housing allowance). Mir wurde mitgeteilt, daß die 2.000 Rupien auch gezahlt werden und die Regierung versuche, auch die 4.000 Rupien zur Verfügung zu stellen. Ob die Leute aber auch an die 15.000 Rupien kommen, um ein Haus zu bauen, muß abgewartet werden.

Die Schweiz will beispielsweise Tamilen zurücksenden. Kürzlich besuchte der Direktor des Bundesamtes für Flüchtlingswesen in Bern, Urs Scheidegger, Sri Lanka. Haben Sie getroffen und was halten Sie von den geplanten Rückführungsaktionen von Tamilen aus der Schweiz?

Nein, Herr Scheidegger hat mich nicht aufgesucht. Die Situation in Colombo ist für Tamilen alles andere als gut. Tagtäglich werden nach den Provinzratswahlen (vom Mai 1993, W.K.) Tamilen verhaftet. Es gibt für Tamilen keine Sicherheit in Colombo. Wenn diese Leute dann auch noch aus dem Ausland zurückgekehrt sind, dürfte ihre Situation noch schwieriger sein. Durch die repressiven Gesetze kann eine Person auf unbestimmte Zeit in Haft gehalten werden. Nein, die Situation ist nicht reif für Rückführungen.

(Das Gespräch führte Walter Keller)